

# VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verband der Lehrerinnen und Lehrer  
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz e. V.

Ausgabe 1/2018

März 2018



**Neue Verwaltungsvorschrift zur Mehrarbeit: Treffer versenkt!**

**Aus dem Bundesverband:**

**Verschmelzung mit dem BLBS steht unmittelbar bevor**

**Aus dem Landesverband:**

**Gespräche mit Bildungspolitikern der Landtagsfraktionen**

**Aus den Bezirken: Neue Vorsitzende in Rheinhessen**

**Aus den Ortsverbänden: Neue Vorsitzende in Worms und Boppard**

## INHALTSVERZEICHNIS

### Dienstrecht

Neue Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit“ 3

### Bildungspolitik

Der VLW im Gespräch mit  
Bildungspolitikern 3

### Aus dem Bundesverband

Verschmelzung der bundesweiten  
Dachverbände steht unmittelbar bevor 6

### Aus dem Landesverband

Der VLW informierte zur Altersteilzeit  
für Lehrkräfte 7

### Aus den Bezirksverbänden

Neue Vorsitzende in Rheinhessen 7

### Aus den Ortsverbänden

Staffelholz-Übergabe an der  
BBS Wirtschaft Worms 8

Neuer Ortsvorsitzender in Boppard 8

## IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und  
Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband  
Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb  
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a,  
67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler,  
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16  
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir geben es zu: Die Karikatur auf der Titelseite ist in der Fastnachtszeit entstanden, und da ist es sicher erlaubt, die Ministerin als Piratin darzustellen, mit allem was dazugehört. Leider ist der Hintergrund dieser Karikatur alles andere als spaßig, bringt die neue Verwaltungsvorschrift (VV) „Mehrarbeit“ doch einige Verschlechterungen für uns Lehrkräfte mit sich, weshalb der VLW diese neue VV auch ablehnt. Dieses Votum haben Karl-Heinz Fuß und ich auch in den Hauptpersonalrat getragen, wo die Mitbestimmungsvorlage ebenfalls keinen Stich machen konnte. Da die HPRe der anderen Schularten dies genauso sahen, gab es zu Beginn des Jahres gleich mehrere so genannte Einigungsstellen, bei denen die HPRe leider unterlagen, da sich die Vorsitzende Richterin (aus dem Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit) bei der entscheidenden Abstimmung auf die Seite des Ministeriums schlug. Deshalb gehen wir davon aus, dass die neue VV mit Beginn des neuen Schuljahres in Kraft treten wird.



Bei unserer letztjährigen „Parteienrunde“ stießen wir mit unseren Anliegen weitgehend auf offene Ohren, was uns gelegentlich überrascht und deshalb umso mehr erfreut hat. Allerdings stimmt es auch traurig, wenn eine langjährige Regierungspartei auf die Forderung nach Anpassung der Anwendungsbetreuung an die Realität nur auf Finanzmittel vom Bund und die Aufhebung des so genannten Kooperationsverbots hofft. Es wäre schön, wenn sich die der Bildung in Sonntagsreden immer wieder zugesprochene Bedeutung endlich auch mal im Haushaltsplan wiederfände. Es ist schließlich alles eine Frage der Prioritäten!

In Berlin wächst wieder einmal zusammen, was zusammen gehört. Unser Dachverband, der VLW-Bundesverband schließt sich mit dem BLBS zu einem neuen Verband, dem Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) zusammen. Bei der Verschmelzungsversammlung im April wird der VLW Rheinland-Pfalz mit vier Delegierten vertreten sein, ebenso der vlbs.

Es ist erfreulich zu sehen, dass sich immer wieder junge Kolleginnen und Kollegen finden, die bereit sind, sich für unseren Verband zu engagieren. Im Bezirksverband Rheinhessen schwingt jetzt eine Frau das Zepter: Birgit Winkelhaus tritt die Nachfolge von Bertie Thalacker an und nimmt damit auch seinen Platz im Landesvorstand ein. Wir heißen sie herzlich willkommen! Bei Bertie Thalacker bedanken wir uns für sein engagiertes Mitwirken, seine konstruktiv-kritischen Einwände und seine humorvollen Beiträge im Landesvorstand. Eben solcher Dank gilt den bisherigen Ortsvorsitzenden von Worms und Boppard, Jürgen Hatzfeld und Robert Kirch. Ihren Nachfolgern, Thorsten Weber und Daniel Göbel, wünschen wir viel Freude und Erfolg in ihren neuen Ämtern!

**Dirk Mettler**  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

## Treffer versenkt - Neue Verwaltungsvorschrift Mehrarbeit torpediert Unterrichtsversorgung

**Wahrscheinlich zum Beginn des nächsten Schuljahres wird die neue Verwaltungsvorschrift (VV) Mehrarbeit in Kraft treten, die mit einigen Verschlechterungen gegenüber der bisherigen Situation einhergeht.**

So wird geleistete Mehrarbeit erst dann vergütet, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres durch Dienstbefreiung ausgeglichen werden kann. Wer also Mehrarbeit über den so genannten „Schwellenwert“ (Näheres dazu siehe unten!) leistet, muss zukünftig ein ganzes Jahr auf die Vergütung warten - wenn er sie denn überhaupt bekommt. In den weitaus meisten Fällen dürfte es wohl so sein, dass der Ausgleich durch ausfallende Stunden am Schuljahresende kompensiert wird. Bislang war es vielerorts üblich, die aufgrund des kurz- bis mittelfristigen Ausfalls einer Lehrkraft geleisteten Vertretungsstunden aus Mitteln des PES-Budgets zu entlohnen. Wenn man aber zukünftig ein Jahr lang darauf warten muss und überdies Gefahr läuft, dass die geleistete Mehrarbeit durch sowieso anfallende Ausfallstunden ausgeglichen wird, verliert diese unbürokratische Praxis jeden Anreiz. Das bleibt sicher nicht ohne Auswirkung auf die Bereitschaft, solche Vertretungen zu übernehmen. Im Ergebnis steht zu erwarten, dass mehr Unterricht ausfallen wird.

Der neu eingeführte Begriff „Schwellenwert“ nimmt Bezug auf eine Vorschrift im Landesbeamtengesetz. § 73 Abs. 2 LBG sieht vor, dass Beamtinnen und Beamte beim Vorliegen zwingender dienstlicher Erfordernisse innerhalb eines Monats bis zu einem Achtel ihrer wöchentlichen Arbeitszeit als unentgeltliche Mehrarbeit leisten müssen. Wird dieses Maß überschritten, so ist die gesamte geleistete Mehrarbeit dieses Monats nach Möglichkeit durch Dienstbefreiung auszugleichen und andernfalls zu vergüten.

Wichtig zu wissen ist, dass Ausfallstunden VLW kompakt 1/2018

den nur solche Freistunden sind, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Wer also beispielsweise wegen Niederkunft der Ehefrau (§ 31 Abs. 3 Nr. 1 UrIVVO) oder zu gewerkschaftlichen Zwecken (§ 25 UrIVVO) beurlaubt ist, muss sich diese Zeiten nicht auf seine Mehrarbeit anrechnen lassen. Ebenfalls nicht als Ausgleich zählen Freistunden, während derer nach Anordnung durch die Schulleitung dienstliche Aufgaben wahrgenommen werden. Dazu zählt ausdrücklich auch die Mitwirkung in einem Prüfungsausschuss der Kammern!

Sauer aufstoßen wird vielen verdienten Kolleginnen und Kollegen die Anhebung der Altersgrenze, ab der Mehrarbeit nur mit dem Einverständnis des Betroffenen angeordnet werden darf. Darauf muss man künftig bis zum Beginn des Schuljahres warten, in welchem man sein 56. Lebensjahr vollendet.

Nach wie vor gilt, dass Mehrarbeit nur in Ausnahmefällen angeordnet werden darf. An vielen Schulen und für viele betroffene Kolleginnen und Kollegen ist diese Ausnahme aber immer mehr zur Regel geworden. Der VLW kritisiert, dass auf diese Weise die Unterrichtsversorgung schöngerechnet wird. Dies geschieht faktisch auf dem Rücken der Lehrkräfte und trägt sicher nicht zur Qualitätssteigerung des Unterrichts bei.

Nicht verschwiegen werden sollen natürlich auch die Verbesserungen: Die neue VV stellt klar, dass der Schwellenwert, bis zu dem Mehrarbeit zum Nulltarif geleistet werden muss (3 Unterrichtsstunden je Kalendermonat) für teilzeitbeschäftigte Beamte nur anteilig gilt. Wer zum Beispiel mit halber Stelle unterwegs ist, für den beträgt der Schwellenwert 1,5 Unterrichtsstunden, der bereits durch die zweite Mehrarbeitsstunde im Kalendermonat überschritten wird. Das ist zwar nicht neu, wurde aber häufig übersehen, da entsprechende Regelungen bislang nur im Landesbeamtengesetz zu finden waren.

Ebenso gilt weiterhin die VV „Unterrichtsorganisation in der Berufsschule für die Zeit der Ausbildungsabschlußprüfungen“ vom 11.12.1992. Aus ihr geht klar hervor, dass Ausfallstunden, die durch die vorzeitige Entlassung der Abschlussklassen (sechs Wochen vor Beginn der Sommerferien bzw. am 1. Dezember) entstehen, für die Lehrkräfte, die an den Abschlussprüfungen mitwirken (Korrektur der schriftlichen Arbeiten, Teilnahme an den mündlichen und praktischen Prüfungen), als Ausgleich für eben diese Tätigkeiten anzusehen ist. Deshalb können auch diese Ausfallstunden nicht als Ausgleich für geleistete Mehrarbeit herangezogen werden.

## Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern

**In Gesprächen mit Bildungspolitikern des Landtags betonten die Vertreter des VLW die Bedeutung der berufsbildenden Schulen im Land.**

Eine nachhaltige Fachkräftesicherung lässt sich nur mit früh ansetzender beruflicher Bildung realisieren. Dazu sind die berufsbildenden Schulen in unserem Land die kompetenten Partner. Neben der Berufsschule, die in dualer Partnerschaft mit den Ausbildungsbetrieben die international anerkannte Berufsausbildung möglich macht, ist es die Vielzahl von schulischen Vollzeitbildungsgängen, die unsere

berufsbildenden Schulen zu dem machen, was sie sind. Nämlich zu einer Bildungsinstitution, welche auf allen Ebenen die Durchlässigkeit des schulischen Bildungssystems zur Realität werden lässt. Beginnend beim Berufsvorbereitungsjahr, über die Berufsfachschulen, die höheren Berufsfachschulen, die Berufsoberschulen, das berufliche Gymnasium und die vielen Fachschulen wird an berufsbildenden

## Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern (Forts.)

Schulen eine große Vielfalt an berufsqualifizierenden Bildungsgängen angeboten. Diese bieten für jeden Abschluss einen Anschluss und stellen einen erheblichen Wert für unsere Volkswirtschaft dar. Die zentrale und über die meisten Bundesländer hinweg angewandte Prüfung zum Abschluss der Berufsschule sichert die Einhaltung des hohen Qualitätsstandards. Dieser Anspruch findet selbstverständlich auch in den Wahlschulbildungsgängen Anwendung und wird durch die überwiegend berufsbezogen qualifizierten Kolleginnen und Kollegen gewährleistet.

Der VLW warnt davor, dieses erfolgreiche System durch Sparmaßnahmen zu gefährden, deren Folgen nicht absehbar sind. Aktuell ist dies insbesondere bei der Reform der höheren Berufsfachschule zu befürchten, deren Ausgestaltung durch die Sparvorgaben die eigentliche notwendige Förderung der Schülerinnen und Schüler in Frage stellt. Die Reform der Höheren Berufsfachschule muss nach Auffassung des VLW dringend dazu genutzt werden, diesen Bildungsgang zukunftsfähig zu gestalten. Ein wesentlicher Baustein dazu wäre die Anerkennung des Assistentenabschlusses als Teil der dualen Ausbildung in affinen Berufen. Im Hinblick auf die Fachkräftesicherung könnte dies dazu beitragen, wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu gewinnen.



Mitglieder des Landesvorstands (v. l. n. r.) Dirk Mettler, Jürgen Hatzfeld und Karl-Heinz Fuß im Gespräch mit den CDU-Bildungspolitikern Anke Beilstein MdL und Guido Ernst MdL

Mit Blick auf die beruflichen Gymnasien kritisiert der VLW die Vielzahl an aufwachsenden IGS-Oberstufen. Hier werden unnötig viele Sek-II-Schulplätze geschaffen, die zueinander in Konkurrenz stehen. Dabei haben die beruflichen Gymnasien den Nachteil, dass sie ihre Schülerinnen und Schüler von den abgehenden Schulen abholen müssen, während diese an den IGSn einfach in ihrem vertrauten System bleiben. Der VLW fordert, allen Schülerinnen und Schülern der Mittelstufe und deren Eltern eine objektive und faire Schullaufbahnberatung zukommen zu lassen. Denn schließlich bieten die beruflichen Gymnasien eine ideale Vorbereitung auf eine anschließende duale Berufsausbildung oder ein Studium.

Mit Blick auf die Zukunft der beruflichen Bildung wies der VLW in den Gesprächen darauf hin, dass künftig auch im kaufmännischen Bereich Nachwuchsprobleme bei den Lehrkräften zu befürchten sind. Die Zahl der Studierenden im Fachbereich Wirtschaftspädagogik und die Zahl der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter mit dem Fach Wirtschaft ist gegenüber früheren Jahren deutlich gesunken. Gleichzeitig gehen in den nächsten 10 Jahren viele Kolleginnen und Kollegen aus diesem Fachbereich in den Ruhestand. Hier ist es dringend geboten Anreize zu schaffen und das Lehramt an berufsbildenden Schulen attraktiver zu gestalten. Dazu gehören die zeitgemäße Ausstattung unserer Schulen und die Stärkung der pädagogischen Unterstützungssysteme (z.B. Schulsozialarbeit und fachliche Fortbildungen).

Um der zunehmenden Bedeutung der digitalen Medien im Unterricht gerecht zu werden, müssen verstärkt Ressourcen in die System- und Anwendungsbetreuung fließen. Der dafür zur Verfügung stehende Satz des Landes bezieht sich auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler und ist bei weitem nicht mehr hinreichend. Kein Wunder, denn er stammt aus einer Zeit, als unsere Schulen lediglich über einen Bruchteil an digitalen Geräten verfügten.



Diskussion in gemütlicher Runde: Helga Lerch MdL (FDP, 2. v. l.) hatte die Vertreter des VLW (v. l. n. r.) Karl-Heinz Fuß, Andreas Seehaus, Jürgen Hatzfeld und Dirk Mettler in ihr Wahlkreisbüro in Ingelheim eingeladen.

Inzwischen ist die Zahl der PCs und der elektronischen Tafeln deutlich gestiegen und weitere werden benötigt. Daran müssen dringend auch die Mittel für die technische Betreuung angepasst werden.

### Breite Zustimmung bei der CDU

Bei den Vertretern der CDU-Landtagsfraktion, der bildungspolitischen Sprecherin Anke Beilstein und dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses Guido Ernst, rannten die VLW-Vertreter mit ihren Forderungen offene Türen ein. Die CDU-Politiker sagten in allen Punkten ihre Unterstützung zu.

Der VLW nutzte das Gespräch auch, um auf die Bedeutung der Personalratsarbeit an unseren Schulen aufmerksam zu machen. In Folge des Rechnungshofberichtes hatte die CDU-Fraktion eine kleine Anfrage zu den gewährten Freistellungsstunden für Personalräte gestellt. Eine Beschränkung der Anrechnungsstunden würde aus Sicht des VLW jedoch zu massiven Einschränkungen bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben aus dem Landespersonalvertretungsgesetz führen. Davor warnt der VLW ausdrücklich und stieß auch damit auf Verständnis bei den Bildungspolitikern der CDU. Beide Gesprächsparteien sind sich einig, den konstruktiven Dialog weiterhin zu pflegen.



Das Gespräch mit Bettina Brück MdL (SPD, m.) führten (v. l. n. r.): Dirk Mettler, Karl-Heinz Fuß, Kurt Flöck und Jürgen Hatzfeld.

### Verständnis bei der FDP

Auch bei der bildungspolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion, Helga Lerch, stießen die VLW-Vertreter auf großes Verständnis für ihre vorgebrachten Anliegen. Insbesondere teilte Frau Lerch die Meinung des VLW, dass die zunehmende Akademisierung mit Sorge zu betrachten sei. Schon jetzt ist die Zahl der Studienabreicher erschreckend hoch, was belegt, dass junge Menschen mit der Aufnahme eines Studiums nicht immer gut beraten sind. Frau Lerch bedauerte ebenfalls, dass viele Eltern ihre Kinder möglichst lange im allgemeinbildenden System beschulen lassen wollen, was häufig dazu führt, dass die jungen Menschen erst spät im aktiven Berufsleben Fuß fassen.

### SPD sieht den Bund in der Pflicht

Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Bettina Brück betrachtet die Situation der Schulen des Landes, was die Voraussetzungen für die Teilhabe am Lernen mit modernen Medien betrifft, als virulent. So brauche jede Schule dringend einen Breitbandanschluss, damit der Zugang zum Internet und den Lernplattformen gewährleistet sei. Auf die mangelnde Finanzierung der System- und Anwendungsbetreuung angesprochen, betonte Frau Brück, dass ihre Partei die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern fordere, um zusätzliche finanzielle Mittel zu erhalten. Zudem sei abzuwarten, was aus den versprochenen Mitteln des Bundesbildungsministeriums werde.

Frau Brück versicherte, dass bei der Genehmigung von Fachoberschulen und IGS-Oberstufen auch jeweils die Konkurrenzsituation in den Blick genommen werde. Allerdings konnten die VLW-Vertreter belegen, dass die Anmeldezahlen an benachbarten beruflichen Gymnasien nach Start einer IGS-Oberstufe rückläufig waren. Ein Zustand, der sich zwischenzeitlich wieder nivelliert hat, jedoch besonderer Aufmerksamkeit bedarf.

Auf die Umstellung auf die generalisierte Pflegeausbildung angesprochen, sicherte



Die Grünen-Politiker Daniel Köbler MdL (l.) und Jutta Blatzheim-Roegler MdL (2. v. r.) standen den VLW-Vertretern Kurt Flöck (2. v. l.) und Karl-Heinz Fuß (r.) Rede und Antwort.

## Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern (Forts.)

Frau Brück zu, darauf zu achten, dass die Pflegeausbildung in staatlicher Hand bleibe.

### Grüne erkennen die Bedeutung der Berufsbildenden Schulen

Auch im Gespräch mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen, Jutta Blatzheim-Rogler, und deren Sprecher für Bildung, Daniel Köbler, diskutierten die Vertreter des VLW die Bedeutung und die aktuellen Belange der berufsbildenden Schulen.

Auf die Konkurrenzsituation angesprochen, die durch die Vielzahl an neu genehmigten IGS-Oberstufen für die beruflichen Gymnasien entstanden ist, erläuterten die Vertreter von Bündnis90/Die Grünen ihre Sicht der Bedeutung einer Gemeinschaftsschule für alle und erkannten dabei an, dass die Berufsschule die Gemeinschaftsschule schlechthin darstellt, in der Studienabbrecher gemeinsam mit Realschul- und Gymnasialabgängern unterrichtet werden.

Die VLW-Vertreter machten deutlich, dass das erfolgreiche und internationale System der dualen Berufsausbildung von schulischer Seite nur in Verbindung mit den beruflichen Vollzeitbildungsgängen aufrechterhalten werden kann. Lehrkräfte mit Berufserfahrung und deren Nähe zu den ausbildenden Betrieben stellen sicher, dass die berufsbildenden Schulen den Erfordernissen der ausbildenden Wirtschaft gerecht werden können. Vor diesem Hintergrund warb der VLW um Unterstützung beim Verbleib der Pflege-Ausbildung an den staatlichen Schulen. Die Umstellung zur generalisierten Pflege-Ausbildung sollte nicht dazu führen, dass diese in private Trägerschaften übergehen.

Die Vertreter von Bündnis90/Die Grünen und die des VLW vereinbarten, im konstruktiven Kontakt zu bleiben.

## Aus dem Bundesverband: Verschmelzung der bundesweiten Dachverbände VLW und BLBS steht unmittelbar bevor

Es tut sich was im Bereich der großen Lehrerverbände, wenn auch – zunächst – nur auf Bundesebene. Die gewerkschaftliche Interessensvertretung der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen sowie die fachverbandliche Lobbyarbeit für die berufliche Bildung werden auf Bundesebene zukünftig von einem gemeinsamen Verband, dem „Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)“ wahrgenommen.

Zur Erklärung: In Rheinland-Pfalz existieren zwei Verbände für Berufsschullehrkräfte, unser VLW mit seinem Schwerpunkt im kaufmännischen Bereich und der uns freundschaftlich verbundene vlbs mit seinem gewerblich-technischen Schwerpunkt. Genauso verhält es sich auch in anderen Bundesländern, wie z. B. in unseren beiden Nachbarländern Nordrhein-Westfalen und Saarland. In den meisten Bundesländern, so z. B. in Baden-Württemberg, gibt es seit der erfolgreichen Verschmelzung der verschiedenen Verbände nur noch jeweils einen gemeinsamen Verband.

Auf Bundesebene bestehen bislang auch noch zwei Dachverbände, die sich über Jahre hinweg angenähert haben. Die beiden gemeinsam ausgerichteten Führungskräftekongresse in den Jahren 2015 und 2016 haben deutlich gemacht, dass die Zeit reif ist für den nun bevorstehenden Schritt des Zusammengehens. Am 11. April soll es soweit sein. Dann treffen sich 131 Delegierte der bisherigen Bundesverbände, um den neuen Verband aus der Taufe zu heben.

Den meisten Mitgliedern dürfte der – noch existente – VLW-Bundesverband nur durch die Zeitschrift „Wirtschaft und

Erziehung“, vertraut sein, die mit der im April erscheinenden Ausgabe 2/2018 eingestellt wird. An ihre Stelle wird eine neue Zeitschrift (Bildung und Beruf) treten, die – wie gewohnt – nicht nur aus dem Verbandsleben und über alles, was sich im Bereich der beruflichen Bildung tut, berichten wird, sondern darüber hinaus auch wissenschaftliche Beiträge aus dem Bereich der Berufs- und Wirtschaftspädagogik enthalten wird. Es ändert sich also nicht viel, außer dass das Spektrum – entsprechend der Breite des neuen Verbandes – etwas weiter gestreut sein wird.

Der VLW Rheinland-Pfalz begrüßt die Verschmelzung der beiden Dachverbände zum neuen BvLB ausdrücklich. Die berufliche Bildung, die meistens wie das Stiefkind der Bildungspolitik behandelt wird, braucht eine starke Lobby. Es wird höchste Zeit, dass die berufliche Bildung stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt wird. Die Aufmerksamkeit, die uns Medien und Politik derzeit zukommen lassen, entspricht nicht in Ansätzen der Bedeutung, die die berufliche Bildung für unsere Gesellschaft hat. Dass Dr. Susanne Eisenmann (KMK-Präsidentin in 2017) die berufliche Bildung in den Mittelpunkt ihrer Präsidentschaft gestellt hat, ist natürlich ausgesprochen lobenswert. Es kann aber nur der Anfang sein! Kein Bildungspolitiker und auch kein selbst ernannter Bildungsexperte darf es sich mehr leisten können, über die berufliche Bildung einfach so hinwegzusehen. Dafür braucht es eine starke Interessensvertretung, dafür braucht es den BvLB, dem wir einen guten Start und viel Erfolg in seinem Wirken für die berufliche Bildung wünschen!

## Aus dem Landesverband: Informationsveranstaltung zur Altersteilzeit

### Der VLW informierte zur Altersteilzeit für Lehrkräfte

Welche verschiedenen Modelle gibt es? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein? Und vor allem: Wie wirkt sich die Altersteilzeit auf die Besoldung und die Pension aus? Dies sind nur einige Beispiele für Fragen, die sich unsere Kolleginnen und Kollegen stellen, wenn es um die Altersteilzeit geht.

Nach wie vor ist die Altersteilzeit eine beliebte Möglichkeit, vorzeitig aus dem aktiven Dienst zu scheiden bzw. eine deutliche Entlastung während der letzten Dienstjahre zu erhalten. Durch den Altersteilzeitzuschlag wird diese Möglichkeit finanziell abgedeckt. Letztendlich liegt es allerdings an der jeweiligen Lebenssituati-



on, ob die Altersteilzeit eine interessante Option darstellt.

Ziel der VLW-Informationsveranstaltung an der BBS Alzey im Januar 2018 war es, Informationen für diese individuelle Entscheidung zu bieten. Die hohe Zahl der

Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigt die Bedeutung und das Interesse an diesem Thema. **Eine weitere Informationsveranstaltung, voraussichtlich in Trier, soll deshalb noch in diesem Jahr folgen.**

## Aus den Bezirksverbänden: Neue Vorsitzende in Rheinhessen

Am 19. Februar 2018 trafen sich in den Räumen der Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz Kolleginnen und Kollegen des Bezirks Rheinhessen zu ihrer Bezirksversammlung.

Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung des langjährigen Bezirksvorsitzenden Bertie Thalacker. Er hat den Bezirksverband in bewegten und manchmal schwierigen Zeiten geführt und im Landesvorstand des VLW vertreten. Ganz besonders

werden die von ihm hervorragend organisierten Fachtagungen und Landesversammlungen im Schloß Waldthausen in Erinnerung bleiben. Der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß bedankte sich bei Bertie Thalacker für seine neunjährige Arbeit als Bezirksvorsitzender mit einem Präsent und gab der Hoffnung Ausdruck, dass Bezirk und Landesverband auch weiterhin von seiner Arbeit und seiner Erfahrung profitieren werden. Wir danken

Bertie Thalacker und wünschen ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute!

In der Folge wurde Birgit Winkelhaus (Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz) einstimmig zur neuen Bezirksvorsitzenden gewählt, ebenso Jürgen Hatzfeld zu ihrem Stellvertreter. Bestätigt wurden als Kassierer Joachim Veigel (Steinhöfelschule in Mainz) und Jutta Macher (BBS Mainz III) als Schriftführerin.

In der Aussprache über den Rechenschaftsbericht des ausscheidenden Bezirksvorsitzenden wurde insbesondere der Bedarf nach vermehrten Fortbildungsangeboten für unsere Mitglieder angesprochen. Erfreulich war die Teilnahme von jungen Kolleginnen und Kollegen an der Versammlung sowie auch ihre Bereitschaft, sich für den Verband und damit auch für die Belange der Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen des Landes zu engagieren. Für diese Arbeit wünschen wir Birgit Winkelhaus und ihrem Team alles Gute!



Der neue Bezirksvorstand mit seinem ehemaligen Vorsitzenden (v.l.n.r.): Joachim Veigel, Emöke Anderlik, Michael Lutz, Bertie Thalacker, Volker Wolff, Thorsten Weber, Birgit Winkelhaus, Jürgen Hatzfeld, Jutta Macher, Christoph Waßmer, Peter Kempf.

### Staffelholz-Übergabe an der BBS Wirtschaft Worms

In einer Ortsversammlung des Ortsverbands Worms wurde Jürgen Hatzfeld am 6. November 2017, nach 21 Jahren als Ortsvorsitzender, mit Dank und Anerkennung für sein nachhaltiges und erfolgreiches Wirken im Ortsverband verabschiedet. Hatzfeld ließ die Aktivitäten des Ortsverbands der letzten beiden Jahrzehnte noch einmal Revue passieren und verwies u. a. auf die in dieser Zeit zahlreich eingereichten bedeutsamen Anträge zu den Landesdelegiertenversammlungen. So sei beispielsweise die Umbenennung unseres Verbands in Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen auf eine Initiative des OV Worms zurückzuführen. Auch die inzwischen erfolgreich angelaufenen Austauschtreffen der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger im



Der neue Vorsitzende Thorsten Weber (l.) bedankt sich bei seinem Vorgänger Jürgen Hatzfeld.

VLW seien einem Wormser Antrag entsprungen.

Der Ortsverband dankte Jürgen Hatzfeld im Anschluss auch dafür, dass er den Ortsverband nach innen zusammengehalten habe und die BBS Wirtschafts Worms

unverändert zu den VLW-Hochburgen im Land zähle. In den anschließenden Neuwahlen des Ortsvorstands wurde Thorsten Weber einstimmig zum neuen Ortsvorsitzenden gewählt. Ihm wird Emöke Anderlik als stellvertretende Ortsvorsitzende zur Seite stehen.

Nach den Neuwahlen berichtete der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß über den aktuellen Diskussionsstand der HBF-Reform sowie über die kommende Mehrarbeitsverordnung. Fuß stand den interessierten Kolleginnen und Kollegen auch während einer anschließenden Diskussionsrunde zur Verfügung und sicherte ihnen zu, dass der Landesvorstand ihre Anliegen - im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler sowie aller Kolleginnen und Kollegen an den BBSn - bei den politischen Entscheidungsträgern mit Nachdruck zu Gehör bringen werde.

### Neuer Vorsitzender im Ortsverband Boppard

Die Ortsverbände des VLW an den berufsbildenden Schulen des Landes bilden die entscheidende Verbindung zwischen unseren Mitgliedern und dem jeweiligen Bezirksvorstand sowie dem Landesvorstand. Deshalb ist die Person des oder der Ortsvorsitzenden für eine funktionierende Verbandsarbeit so wichtig.

Am 22. Februar 2018 ging der Vorsitz im VLW-Ortsverband Boppard von Robert Kirch auf Daniel Göbel über. Als Vorsitzender des Bezirksverbands Koblenz dankte Kurt Flöck Daniel Göbel für die Bereitschaft, die Nachfolge von Robert Kirch anzutreten und gratulierte ihm zum neuen Amt. Aus Sicht des Bezirksvorstandes wird es als besonders erfreulich angesehen, dass Daniel Göbel als einer der jüngeren Kollegen bereit ist, Verantwortung im VLW zu übernehmen. Für die weitere Führung der Amtsgeschäfte im Ortsverband Boppard wünscht Kurt Flöck viel Freude und einen guten Erfolg.

Robert Kirch, der dem Ortsverband Boppard neun Jahre mit Erfolg vorgestanden hat, war für seine Kolleginnen und Kollegen und den Bezirksvorstand stets ein verlässlicher, kompetenter und engagierter Ansprechpartner. Für das langjährige Engagement im VLW und die gute Zusammenarbeit dankte Kurt Flöck im Namen des Vorstands des Bezirksverbands Koblenz und des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß.



Daniel Göbel ist neuer Vorsitzender des Ortsverbands Boppard

## Zu guter Letzt



**Der VLW wünscht allen seinen Mitgliedern schöne und erholsame Osterferien!**

Foto: designerzone.de